

Wirtschaft + Gesellschaft

Michael Schmid

Der „Neue Institutionalismus“

Studien zum Vergleich seiner
Forschungsprogramme

 Springer VS

Wirtschaft + Gesellschaft

Reihe herausgegeben von

Andrea Maurer

Universität Trier, Deutschland

Uwe Schimank

Universität Bremen, Deutschland

Wirtschaft und Gesellschaft ist ein wichtiges Themenfeld der Sozialwissenschaften. Daher diese Buchreihe: Sie will zentrale Institutionen des Wirtschaftslebens wie Märkte, Geld und Unternehmen sowie deren Entwicklungsdynamiken sozial- und gesellschaftstheoretisch in den Blick nehmen. Damit soll ein sichtbarer Raum für Arbeiten geschaffen werden, die die Wirtschaft in ihrer gesellschaftlichen Einbettung betrachten oder aber soziale Effekte des Wirtschaftsgeschehens und wirtschaftlichen Denkens analysieren. Die Reihe steht für einen disziplinären wie theoretischen Pluralismus und pflegt ein offenes Themenspektrum.

Reihe herausgegeben von

Andrea Maurer, Universität Trier

Uwe Schimank, Universität Bremen

Beirat

Jens Beckert, Max-Planck-Institut, Köln

Anita Engels, Universität Hamburg

Stefanie Hiß, Universität Jena

Sighard Neckel, Universität Hamburg

Weitere Bände in der Reihe <http://www.springer.com/series/12587>

Michael Schmid

Der „Neue Institutionalismus“

Studien zum Vergleich seiner
Forschungsprogramme

Michael Schmid
Universität der Bundeswehr München
Neubiberg, Deutschland

Wirtschaft + Gesellschaft
ISBN 978-3-658-20232-3 ISBN 978-3-658-20233-0 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-20233-0>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2018

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Verantwortlich im Verlag: Cori Antonia Mackrodt

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Inhaltsverzeichnis

Zur Einführung: Institutionen, Handlungstheorie und das Postulat mikrofundierender Erklärung	1
Teil I Soziologie und Ökonomie	
Die ökonomische Herausforderung der Soziologie?	41
Institution und Handeln	79
Individuelle Entscheidungsrationaltat und soziale Einbettung	113
Teil II Das institutionstheoretische Forschungsprogramm	
Modellbildung, Realismus und Handlungstheorie	149
Douglass C. North und die Institutionenökonomik informaler Regeln	181
Soziale Einbettung und ökonomisches Handeln. Überlegungen zur Reichweite von Mark Granovetters Forschungsprogramm und dessen Bedeutung fur eine soziologische Theorie der Unternehmung	235
Institutionenökonomik, Effizienz und Macht	287
Mafia, Warlords, Terror, Korruption: Systeme rationaler Besitzsicherung	327

Zur Einführung: Institutionen, Handlungstheorie und das Postulat mikrofundierender Erklärung

1 Problemstellung

Die nachfolgend abgedruckten Arbeiten verstehen sich als „Fallstudien“ zu einer *theoriepolitischen (oder forschungsprogrammatischen) These*, in der mehrere – eng miteinander verwobene – Aspekte (und einige Korollare) zusammenfließen.

Die These lautet: Es ist möglich und (unter Nutzung wissenschaftstheoretischer Überlegungen) verteidigungsfähig, den Sozialwissenschaften eine gemeinsame Vorgehensweise (oder „Methode“) zu empfehlen, die darauf abstellt, theoriegeleitete Forschungsprogramme zu entwickeln. Die hierauf gerichteten Bemühungen konzentrieren sich darauf, (unterschiedlich ausformulierte, aber in letzter Instanz logisch integrier- bzw. vereinbare) Handlungstheorien zur mikrofundierenden Modellierung von (interaktiv organisierten) Abstimmungsmechanismen zu verwenden, die (im Grundsatz „rational“ gestimmte) Akteure in dem Bemühen institutionalisieren, (bestimmte, im Lichte der jeweils verwendeten Handlungstheorie identifizierbare) Handlungsprobleme (möglichst beständig, kostengünstig und ohne Desastrositäten zu provozieren) zu lösen. Die überkommene disziplinäre Aufteilung der Sozialwissenschaften (zumal die zwischen der Politikwissenschaft, Geschichtsschreibung, Ethnologie, und im Besonderen die zwischen Soziologie und Ökonomie) ist für den Aufbau und das Betreiben eines thematisch derart ausgelegten Forschungsprogramms vernachlässigungsfähig, wenn nicht irrelevant¹.

¹Auf das mit dieser Vereinheitlichungsthese verbundene Glatteis habe ich mich schon vor bald dreißig Jahren gewagt (vgl. Schmid 1990); ich bin aber im Zweifel, ob meine Pirouetten jemals Beachtung gefunden haben. Über die Gründe dafür will ich im vorliegenden Zusammenhang nicht weiter spekulieren.

Originalbeitrag

Um diese These plausibel zu machen, möchte ich in zwei Schritten vorgehen; in einem ersten werde ich die (groben) Umriss der Verfahrensweise der eingangs postulierten Forschungsprogrammatik nachzeichnen, um in einem zweiten zu dokumentieren, in welchem Umfang sich die in diesem Band (in zum Teil revidierter Form) wiederveröffentlichten Arbeiten in diese „Methodologie wissenschaftlicher Forschungsprogramme“ einfügen.

2 Zum logischen und inhaltlichen Aufbau sozialwissenschaftlicher Erklärungen

2.1 Gegenstandsbestimmung und „die Zielsetzung der Erfahrungswissenschaft“²

Zur Einleitung des ersten Schritts ist *zunächst* zu betonen, dass alle sozialwissenschaftlichen Disziplinen – unabhängig vom Grad ihrer selbst verordneten (methodologischen und/oder theoretischen) Selbstgenügsamkeit – vor der Aufgabe stehen, (nicht Einzelhandlungen, sondern) „soziale Phänomene“, „soziale Sachverhalte“ oder „soziale Tatsachen“, also kontingente „gesellschaftliche“ Ereignisse ebenso wie (mehr oder minder dauerhaft angelegte) zwischenmenschliche Beziehungsformen bzw. -prozesse und deren („kollektiven“) Strukturfolgen aus spezifischen „Verknüpfungen“³, „Konstellationen“⁴ oder „Konfigurationen“⁵ individueller Handlungen zu *erklären*⁶.

2.2 Zur Logik sozialwissenschaftlicher Erklärungen

Diese Aufgabenbestimmung enthält einige nicht-triviale Implikationen⁷. Sofern es kein Fehler ist, „soziale Tatsachen“ als die kombinatorische (oder wie es technisch heißt: „aggregierte“⁸) Konsequenz individueller Handlungen zu erklären, muss jede solche

²Vgl. Popper 1964.

³Diese Metapher verwenden Peter Hedström, Jim Coleman und Renate Mayntz verschiedentlich.

⁴Vgl. dazu Schimank 2000.

⁵Vgl. Elias 1969.

⁶Aus der Vernachlässigung oder Ablehnung dieser Erklärungsaufgabe resultiert eine völlig anders gestaltete Vorgehensweise der sozialwissenschaftlichen Forschung (etwa Begriffs- und Typenbildung, Beschreibungen und Narrationen, Verstehen und Interpretieren etc.). Ob solche „Alternativen“ in sich haltbar sind und in welchem Verhältnis sie zu einem „erklärenden Forschungsprogramm“ stehen, lasse ich im vorliegenden Zusammenhang unerörtert. Auch sei angemerkt, dass ich vorweg nur an der „Logik der Erklärung“ interessiert bin, nicht daran, angesichts welcher („pragmatischer“ oder „praktischer“) Umstände man Erklärungen vorträgt oder nachfragt.

⁷Vgl. Schmid 2006a. Dort auch weitere Literatur.

⁸Vgl. Schmid 2009a.

Erklärung auf mehrere Voraussetzungen bauen dürfen. Zum einen benötigen wir eine (logisch widerspruchsfrei formulierte, gehaltvolle und möglichst empirisch geprüfte „nomologische“) *Theorie des individuellen Handelns*. Eine solche Theorie – es gibt mehrere davon, deren Verhältnis zueinander klärungsbedürftig ist⁹ – stellt der Lakatos'schen Sprachregelung folgend¹⁰, an die ich mich ohne nähere Begründung halte, den (theoretischen) „hard core“ eines sozialwissenschaftlichen Forschungsprogramms dar und hat die (vornehmliche) Aufgabe, individuelle Handlungen zu erklären, wobei – wie ich noch näher ausführen werde – im Auge zu behalten ist, welche Absichten (oder Ziele) ein Akteur verfolgt, wie er seine Handlungsumstände deutet und wahrnimmt und mit welchen Folgen er sein Handeln in Verbindung zu bringen bereit oder gezwungen ist¹¹. Dieselbe Theorie *muss* auch vorausgesetzt werden, wenn es im Weiteren darum gehen soll, *Modelle*¹² darüber zu entwickeln (und zu testen), wie sich die einzelnen Handlungen (verschiedener Akteure) zu einem „Handlungssystem“¹³ oder einem „Interaktionsregime“¹⁴ zusammenfügen, deren Eigenschaften ihrerseits – zusammen mit der Ressourcenlage, Topologie und Opportunitätsstruktur, die von der jeweils unterlegten Theorie als handlungsrelevant erkannt werden, – die „Handlungssituation“ (mit)bestimmen, innerhalb derer jeder Akteur seine Erwartungen ausbilden und seine individuellen Ziele erreichen muss. Man kann deshalb mit einiger Berechtigung davon sprechen, dass (sozialwissenschaftliche) Forschungsprogramme mithilfe einer gehaltvollen Handlungstheorie „Situationsmodelle“¹⁵ zu erstellen und diese anhand ihrer logischen Implikationen (also deduktiv) zu prüfen haben¹⁶. Damit ist einerseits gesagt, dass die jeweils verwendete Handlungstheorie festschreibt, welche Situationsmerkmale für die Akteure Bedeutung haben (können) bzw. auf welche der handlungsleitenden „Faktoren“, die diese Theorie berücksichtigen will, diese Merkmale (einen eventuell als „kausal“ zu bezeichnenden) Einfluss gewinnen

⁹Davon später mehr. Es existieren nur wenige brauchbare Versuche, solche Vergleiche vorzulegen (vgl. aber z. B. Etzrodt 2003, Wolf 2005 und Kron 2005).

¹⁰Vgl. Lakatos 1970.

¹¹Vgl. Lindenberg 1977.

¹²Es ist üblich, auch die verschiedenen „Anwendungsfälle“ (zur Lösung bestimmter Handlungsprobleme) als „Theorien“ zu bezeichnen. Das ist nicht zu ändern; man sollte nur die Handlungstheorie von ihren „Anwendungen“ unterscheiden, weshalb ich mir – im Gefolge einer weiteren, auf Lakatos zurückgehenden Sprachregelung – angewöhnt habe, im letzteren Fall von „Modellen“ zu sprechen.

¹³Das ist Colemans Bezeichnung (vgl. Coleman 1990, S. 36, 50 u. a.).

¹⁴Hedström 2005, S. 86.

¹⁵Für diese Bezeichnung haben sich Maurer und Schmid 2010 entschieden.

¹⁶Aus dem Popper-Albert-Lakatos-Lager kommend, misstrauere ich statistisch-induktiven Vorgehensweisen. Eine gehaltssteigernde induktive Logik gibt es jedenfalls nicht (vgl. Lakatos 1978).

(können)¹⁷. Der Hinweis auf die „Systemartigkeit“ (bzw. auf das „Regiment“) der Handlungsbeziehungen andererseits spricht die Art und Weise an, in der die Akteure ihre Handlungen aneinander „orientieren“ oder aufeinander „beziehen“. Wie dies geschehen kann, muss desgleichen die verwendete Handlungstheorie zu entschlüsseln helfen, auch ohne dass die interaktionsrelevanten Bezugsgrößen und deren Merkmale in ihr logisch impliziert sind. Die jeweils verwendete Handlungstheorie muss demnach mit der Systemanalyse insoweit logisch verträglich sein als letztere keine aus ihrer Sicht „unerklärlichen“ (oder „verbotenen“) Faktoren und Prozesse enthalten darf, die Theorie des Handelns aber kann aus Situationsmodellen nicht abgeleitet werden. Falls man – wie dies „reine“ Makromodellierungen voraussetzen scheinen – (nur) die Merkmale sozialer Beziehungen oder gar nur deren Kollektivfolgen kennen können sollte, weiß man (buchstäblich) nichts über die „interne“ Funktionsweise der Akteure, die diese Merkmale „herstellen“¹⁸.

Es muss sich deshalb lohnen, einige Anstrengung in die (*theoriegeleitete*) Aufbereitung solcher „Handlungskonstellationen“, „Konfigurationen“ etc. zu investieren, um die (jeweiligen) *wechselwirksamen Mechanismen der Handlungsabstimmung* zu entdecken und deren (durchweg selektiven) Durchsetzungschancen abzuschätzen. Dass dies gelingt, liegt alleine deshalb nicht auf der offenen Hand, weil sich solche Mechanismen *nur* im Lichte der *Probleme* identifizieren lassen¹⁹, auf die die Akteure bei ihrem Versuch stoßen, bei der Projektion (oder „Planung“) eigener Handlungen das (voraussichtliche) Handeln ihrer Mitakteure zu berücksichtigen, und weil sie sich bei jedem so gearteten Handlungsversuch (immer auch) mit nicht-intendierten, unerwünschten, unerwarteten oder völlig unbekanntem „strukturellen Effekten“ (des eigenen Handelns bzw. des Handelns aller) konfrontieren lassen müssen²⁰, die das Funktionieren des betreffenden Mechanismus mitgestalten und von den (individuellen) Zielsetzungen der beteiligten Akteure (in vielen Fällen) „ablenken“ (können, aber natürlich nicht müssen).

¹⁷Es ist höchst umstritten, wo *genau* es (im Rahmen eines theoretischen Forschungsprogramms) „Kausalitäten“ zu entdecken gibt. Ich lasse diesen Problemkreis beiseite und verweise auf Schmid 2015b.

¹⁸Die Kritik an der formalistischen Makroökonomik hat das natürlich immer schon gewusst (vgl. Shackle 1990), die „reine“ Systemtheorie (zumal deutscher Herkunft) scheint sich darüber nicht im Klaren zu sein.

¹⁹Vgl. Schmid 2006a, S. 27. Auf diese Notwendigkeit hat nochmals mit allem erforderlichen Nachdruck Maurer 2017 aufmerksam gemacht. Die erwartbare Konsequenz dieser Sachlage ist es, dass sich die Themenkataloge wie der Aufbau der Erklärungsargumente (handlungstheoretisch) unterschiedlich basierter Forschungsprogramme *unterscheiden*. Man sollte also Nachbarschaftsprogramme nicht anhand der logisch zwingenden Ableitungen ihrer Modelle kritisieren, sondern anhand der Untersuchung der Frage, ob die jeweils zum Einsatz gebrachten „Prämissen“ oder „Annahmen“ wahr sind oder – wem das eine zu starke Forderung ist – unter welchen Bedingungen mit ihrer Hilfe empirisch zutreffende Modelle „gebastelt“ werden können.

²⁰Damit ist ein „klassischer Topos“ der abendländischen Sozialtheorie angesprochen (vgl. Pribram 1912).

Welche diese Kollektivkonsequenzen des gemeinsamen Handelns sind, lässt sich der Bestands- oder Funktionsbeschreibung der Abstimmungsmechanismen nicht logisch entnehmen, weshalb es notwendig erscheint, sich in einem dritten, vermittels entsprechender Zusatzannahmen abermals erweiterten Forschungsschritt die „Kollektivkonsequenzen“ oder verteilungsstrukturellen „Effekte“²¹ des abstimmungsorientierten Handelns (aller) näher anzusehen, um endlich und viertens zu fragen, wie und in welchem Umfang welche deren Eigenheiten auf die weiteren Handlungen der Akteure „zurückwirken“ (oder auch nicht). D. h. um die Folgen des wechselwirksamen Abstimmungshandelns in die beschriebene Erklärungsfigur einzubauen, muss man die Rekursionseffekte der durch das Handeln aller in Szene gesetzten *Verteilungsstrukturen* auf das individuelle Handeln kennen, zu welchem Zweck es abermals erforderlich ist, (prüfbare Zusatz- oder) Hypothesen zu formulieren, die im vorliegenden Fall darüber zu informieren haben, mit welchen Wirkungen der bisher verwendeten Abstimmungsmechanismen auf die Zielsetzungen und Situationswahrnehmung der Einzelakteure (oder deren „Definition der Situation“) Akteure und Modellierer gleichermaßen zu rechnen haben. Da diese Strukturen im Weiteren die Handlungssituation der Akteure (erwartbarer Weise neu) bestimmen und infolgedessen deren Opportunitäten und Restriktionen in einem veränderten Licht erscheinen lassen (können), kann man – abhängig davon, welchen Aspekt man betonen möchte – die oben erwähnten „Situationsmodelle“ auch als „Strukturmodelle“ oder „Opportunitätsmodelle“ bezeichnen²².

Die abschließende Modellierung eines Abstimmungsmechanismus' erfordert demnach vier (distinkte, jeweils um Zusatzhypothesen erweiterte und deshalb getrennt und eigens zu prüfende) Erklärungsschritte²³.

Es ist im Weiteren wichtig zu sehen, dass Erklärungen der geschilderten Art und Form als „mikrofundierende Erklärungen“ angelegt sind. Sie identifizieren das Handeln einzelner Akteure bzw. die Faktoren, die zu einem Handlungsentwurf führen, als Sitz des „gesellschaftlichen Bewegungspotenzials“ und verzichten in der Folge auf die Suche nach (transindividuellen) „social forces“²⁴ und vor allem nach „Makrogesetzen“ (wie

²¹Solche Verteilungsstrukturen werden zumeist über bestimmte Ressourcen (Peter Blau 1975, spricht von „Strukturparametern“) definiert, die sich aufgrund der mechanistisch geordneten Handlungen der Akteure in bestimmter Weise unter ihnen *aufteilen*. Im Ablauf von marktorganisierten Tauschtransaktionen z. B. wechseln die Güter- und Geldverteilungen unter den Traktanden; jeder, der zuvor über Geld verfügte, besitzt jetzt (bepreiste) Waren und umgekehrt. Diese „Umschichtung“ beschreibt das Explanandum einer Modellerklärung.

²²Vgl. Esser 2002, S. 149.

²³Natürlich gibt es unterschiedliche Vorstellungen darüber, welche Bestandteile ein solches Modell „umfasst“ (vgl. Maurer 2017a); im vorliegenden Fall ist es aber nicht erforderlich, dass ich mich mit der Diskussion dieser Vorschläge aufhalte.

²⁴Von hier aus fällt ein fahles Licht auf das Forschungsprogramm des sogenannten „Kritischen Realismus“.

etwa „Kovariationsgesetzen“ oder aber „Sukzessionsgesetzen“ bzw. Geschichtsgesetzen, Evolutions- und Entwicklungsgesetzen und dergleichen²⁵), die es – beachtet man die implizite Ontologie der Handlungstheorie, wonach nur Akteure „Agenten“ sein können und nicht „Kollektive“ als solche oder gar „Strukturen“ – nicht gibt²⁶. Zumal zwischen Makrotatsachen bzw. Verteilungsstrukturen, die unzweifelhaft „vorhanden sind“, existieren keine „kausalen Kräfte“²⁷, weshalb Sätze, die solche Beziehungen beschreiben, (ohne handlungstheoretische „Stützung“ oder „Fundierung“) keine Erklärungskraft besitzen. Das gleiche gilt für die beobachtbaren Interaktionsprozesse und deren (oft als „eigenlogisch“ bezeichneten) „Dynamiken“²⁸. Die einzige (nomologische) Kausaltheorie²⁹, die den Auf- und Ausbau eines sozialwissenschaftlichen Forschungsprogramms anleitet oder ihm zugrunde liegt, ist die Handlungstheorie, und mit deren (ausschließlicher) Hilfe ist es nur möglich, Einzelhandlungen zu erklären. Die Kombinatorik der sozial organisierten Handlungen, ihr „mechanismischer“ Beziehungscharakter, das Auftreten von Kollektiveffekten und Verteilungsstrukturen, die sich aus dem Handeln aller beteiligten Akteure „aggregieren“ lassen, besitzen in allen Fällen einen zwar faktischen, aber doch „kontingenten“ Charakter³⁰, d. h. unter der Bedingung, dass sich die Akteure anders verhalten als sie es im aktuell untersuchten Fall tun, lösen sich die (über- oder transindividuellen) Makrostrukturen auf oder sie werden durch anders geartete ersetzt. Eventuell entdeckbare „Regelhaftigkeiten“ des sozialen Geschehens, anhand derer der logische Empirismus dessen „Gesetzescharakter“ glaubte erkennen zu können³¹, sind demnach nur solange beobachtbar, als alle beteiligten Akteure keinen Anlass sehen, ihr Handeln umzugestalten, worauf sie um so wahrscheinlicher verzichten werden, je weniger sich ihre Handlungsumstände und die damit verbundenen Einflussgrößen auf ihr Handeln verändern bzw. je weniger sie sich dazu aufrufen müssen oder wollen, sich auf „innovative“ oder „kreative“ Zielsetzungen bzw. auf die Suche nach „neuen Wegen“ zu deren Realisierung einzulassen. Gesellschaftliche Prozesse verlaufen demnach auch dann nicht auf „notwendige“ Weise oder in einer „notwendigen“ Richtung, wenn Akteure sie „generieren“, die

²⁵Von hier aus fällt ein fahles Licht auf alle historizistischen und makro-evolutiven „Ansätze“.

²⁶Das glaubt nicht jeder Autor (vgl. McIntyre 1996, Bunge 1996, S. 29, Opp 2017 u. a.).

²⁷Vgl. Coleman 1990, S. 1 ff.

²⁸Vgl. Greve 2015.

²⁹Natürlich bemühen sich nicht-nomologische Theorieprogramme zu zeigen, dass es *keine* (gesetzesbasierte) Handlungserklärungen geben kann (vgl. Louch 1966, Taylor 1975 u. v. a.).

³⁰Bisweilen glaube ich, einen derartigen Gedanken bei Autoren zu finden, die sich dem Lager des „Critical Realism“ zurechnen. Eine generalisierende Lizenzierung dieser Denkrichtung verbinde ich damit indessen nicht.

³¹Vgl. Psillos 2002, S. 132 ff.

aufgrund ihrer „Natur“ auf gleiche Umstände in gleicher (oder doch ähnlicher) Weise reagieren sollten³².

Logisches Implikat des geschilderten Aufbaus eines Erklärungsarguments ist, dass der Mikrofundierungscharakter sozialwissenschaftlicher Modellierungen nur dann sichtbar wird, wenn es gelingt, zur Erklärung der Funktionsweise von Abstimmungsmechanismen alle vier „Erklärungsschritte“ der Modellbildung zu durchlaufen. Mikrofundierende Erklärungen sind (entsprechend) *mehrstufig* aufgebaut; sie verstehen sich als „Mehrebenen-erklärungen“. Jede „Modellebene“ ist durch den Zugriff auf gesonderte Hypothesen gekennzeichnet, die erst jene Beziehungen zu erkennen erlauben, die zur nächst unteren oder oberen Ebene bestehen. Es muss deshalb möglich sein, den argumentativen Durchgang durch alle Ebenen in der Form einer (am Ende logisch formalisierbaren) Deduktion zu bewältigen³³. Das bedeutet zugleich, dass verschiedene derart geordnete Modellierungen über die im Vormodell genannten Kollektivkonsequenzen mit den Nachfolgemodellen logisch verknüpfbar sind, woraus man die Hoffnung beziehen kann, auf diese Weise die Dynamik (oder den Wandel) der jeweils untersuchten Handlungssysteme (oder Wechselhandlungsregime) zu Gesicht zu bekommen³⁴. Damit ist (indessen) nicht gefordert, dass jede Modellierung alle Schritte zu berücksichtigen hätte; vielmehr ist es jederzeit möglich und gestattet, sich auf eine Teilauswahl möglicher Zusammenhänge zu beschränken³⁵. Wenn man will, kann man deshalb zwischen „vollständigen“ und „partiellen“ bzw. „elliptischen Modellerklärungen“ unterscheiden.

³²Ich plädiere also dafür, die Idee von Hobbes, Hume, Mandeville, Ferguson oder Smith wenigstens im Auge zu behalten, wonach man die Varianzen der gesellschaftlichen Verhältnisse vor dem Hintergrund einer „konstanten Natur des Menschen“ erklären sollte. Diese These muss nicht beinhalten, dass Handlungsentscheidungen *bestimmte* Inhalte annehmen (oder nicht), sondern dass die ablaufenden Prozesse, die zu Entscheidungen führen, nach demselben, vermittelt einer Handlungstheorie erfassbaren „Muster“ ablaufen; deshalb müssen – um inhaltliche Anhaltspunkte in ein Erklärungsargument einführen zu können – die „Variablen“ der allgemeinen Entscheidungstheorie erst (empirisch) interpretiert werden. Eine alternative Metaphysik, die jederzeit zugelassen sein muss, wird zu anderen Erklärungsargumenten führen.

³³Das wird selten geleistet. Ein „leuchtendes“ Beispiel gibt Kuipers 1984.

³⁴Erste Hinweise auf diese Möglichkeit finden sich bei Esser 1993, S. 102 ff. Diese Modellsystematisierung impliziert auch, dass die mit ihrer Hilfe beschriebene „Dynamik“ durch „externe Randbedingungen“ mit geprägt sein muss (vgl. Esser 1993, S. 105). Mithilfe des von ihm sogenannten „Boudon-Coleman-Diagramms“ (Bunge 1999, S. 63) versucht Mario Bunge (1999, S. 45–67) die gesamte Komplexität der dabei fälligen Mikro-Makro- bzw. der Makro-Mikro-Beziehungen zu systematisieren, ohne allerdings die Beschränkungen zu beachten, die davon ausgehen, dass im Lichte einer Handlungstheorie nicht alle Beziehungen gleich plausibel sind. Ich würde deshalb anraten, der von Lindenberg (1992) ausgegebenen Maxime zu folgen, dass alle Erklärungsschritte den (logischen) Bezug auf Individuen und deren Handeln erfordern.

³⁵Die beobachtbare „Zersplitterung“ der sozialwissenschaftlichen Themenlandschaft wird sich deshalb nicht nur daraus erklären, dass verschiedene „disziplinäre Systeme“ (Kuhn 1989, S. 194) wirksam sind, sondern auch daraus, dass nicht jeder Theoretiker oder Modellbauer sich für alle vier „Ebenen“ des Geschehens interessieren muss.

2.3 Inhaltsfragen

Ein weiterer Aspekt des Problems, welchem Forschungsprogramm sich die Sozialwissenschaften lohnenswerterweise verschreiben könnten, wird (aber) erst sichtbar, wenn man mit in die Betrachtung einbezieht, *welchen Inhalt* die zur Erklärung des Einzelhandelns verwendbare Handlungstheorie haben kann (oder soll). Da es mehrere Handlungsauffassungen gibt, muss man zugunsten einer bestimmten Theorie (gesondert) argumentieren. Die grundlegende Schwierigkeit einer entsprechenden Entscheidung liegt natürlich darin, dass man nicht im Vorhinein wissen kann, welche Theorie zur Fundierung eines fruchtbringenden Forschungsvorhabens am besten taugt, da man die „neuen Fakten“, die sie bestätigen könnten, erst dann entdecken kann, wenn man die betreffende Theorie im Rahmen von Strukturmodellen (oder anhand von „case studies“) anzuwenden (und zu prüfen) versucht, die man zu allererst mit ihrer Hilfe zu erstellen hat³⁶.

Auf zwei Auswahlgesichtspunkte aber kann man auch dann zurückgreifen, wenn sich die gesuchte Theorie nicht als deren logische Konsequenz ergeben kann: Zum einen muss es möglich sein, unterschiedlich zugeschnittene Handlungstheorien einem *Theorienvergleich* zu unterziehen³⁷, und zum anderen muss es einen Weg geben, in dessen Verlauf ein Urteil darüber möglich ist, ob der Einsatz einer bestimmten Theorie zu einem „*heuristisch*“ brauchbaren Forschungsprogramm führt (oder eher nicht)³⁸.

2.3.1 Theorienvergleiche

Theorienvergleiche lassen sich für gewöhnlich anhand dreier Kriterien durchführen: Theorien sollten logisch widerspruchsfrei und gehaltvoll formuliert, sie sollten (hinreichend) überprüft (und entsprechend „wahr“ bzw. nicht nachweislich falsch³⁹) und sie sollten gehaltreicher (oder weniger voraussetzungsreich: erklärungsstauender) sein als eventuelle „Konkurrentinnen“.

Dass Theorien einen „analytischen Charakter“ haben bzw. „Tautologien“ darstellen, wird oft behauptet und bisweilen als erwünscht verteidigt; der Popper'schen Wissenschaftslehre folgend sollte indessen klar vor Augen stehen, dass man mithilfe gehaltsleerer Theorien keine gültigen Erklärungen geben kann⁴⁰. Falls Theorien hingegen

³⁶Diese Deutung ist im Konzept der „T-Theoretizität“ von Joseph Sneed (1971) enthalten, die man konsultieren kann, wenn man daran interessiert ist, die Bedingungen zu kennen, unter denen („ultimative“) Theorien sich bestätigen lassen (oder nicht).

³⁷Vgl. Schmid 2004a, S. 23 ff., Schmid 2009b u. a.

³⁸Vgl. Schmid 2017a, S. 1–42.

³⁹Da wir (aus logischen Gründen) *nicht* abschließend feststellen können, ob eine (allgemein formulierte) Theorie wahr ist, müssen wir uns zu deren Prüfung auf Bestätigungsmethodologien verlassen, die selbst nicht über jeden Zweifel erhaben sind. Die methodologischen Konsequenzen dieser „fallibilistischen Haltung“ diskutieren Albert 1982 und Nilsson 2000.

⁴⁰Vgl. Albert 1964.

einen Selbstwiderspruch enthalten, so müssen sie erst von diesem „gereinigt“ werden, um in Theorienvergleiche eintreten zu können; aus der Sicht der Forderung, dass einem tauglichen Forschungsprogramm eine erklärungskräftige Theorie zugrunde liegen muss, die sich (auch) Vorteile gegenüber konkurrierenden Theorien verschaffen kann, macht es keinen Sinn, eine Theorie in ein Vergleichsrennen zu schicken, von der man weiß, dass sie – aus rein logischen Gründen – falsch ist und deshalb jede Folgerung zulässt⁴¹. Das gilt im Weiteren auch für solche Theorien, die zwar nicht (logisch) kontradiktorisch formuliert, deren logische Konsequenzen aber auf ihrer ganzen Breite (und damit in kontingenter Weise) falsch sind⁴². Die Vermeidung von Tautologien und Kontradiktionen ist im Weiteren Voraussetzung für die Möglichkeit, einer Theorie Fehler nachzuweisen, und auf Fehlerhaftigkeiten hin geprüft sollte unsere Handlungstheorie alleine deshalb sein, weil anders ihr Bewährungsgrad nicht beurteilt werden kann. Es sollte aber zugelassen bleiben, eine Theorie auch dann zur Etablierung (oder zumindest zur Ingangsetzung) eines Forschungsprogramms zu verwenden, wenn sie sich erst im Verlaufe ihrer dortigen Anwendung bewähren kann. In diesem Fall kann eine Theorie (unter Ausschluss jeder „Alternative“ vorerst) nur an ihrer eigenen „empirischen Basis“ scheitern und d. h. an den („empirischen“) Fällen oder Beobachtungen, die ihren Ableitungen widersprechen. In einen Theorievergleich (im engeren Sinne) treten Theorien dann ein, wenn absehbar wird, dass man eine Theorie T einer anderen (alternativen) Theorie T' dann vorzuziehen hätte, wenn T Hinweise darauf enthält, an welchen Stellen T' zu fehlerhaften Schlüssen (oder Prognosen) führt. Im einfachsten Fall wird ihr dies dann gelingen, wenn sie auf „Faktoren“ oder „Zusammenhänge“ aufmerksam machen kann, die in der Folgerungsmenge von T' nicht auftauchen. Theorievergleiche schlagen unter diesem Umstand – die Forderung nutzend, dass eine Theorie „wahr“ zu sein hat – um in Theoriekonkurrenz, die auf den (wie es heißt: faktualisierenden) Nachweis⁴³ hinaus läuft, dass eine von zwei Theorien unzulänglich formuliert oder „unvollständig“ ist. Dass sich zwei Theorien zu Recht gegenseitig

⁴¹Vgl. Popper 1965b, S. 262 ff.

⁴²Das wird dann der Fall sein, wenn man Handlungen unter Verweis auf einen Faktor erklären möchte, den es (vom Standort einer „alternativen Theorie“ gesehen) gar nicht gibt. So kann man im Gegensatz zu vergangenen Jahrhunderten zu wissen meinen, dass Geister nicht existieren, was ausschließt, das Handeln der Menschen und deren Kollektivschicksal unter der gegenteiligen Voraussetzung erklären zu wollen. Aber natürlich ist das Vorhandensein von Geistern umstritten; so berichten Heinz Schilling und Hans Albert über mindestens zwei einflussreiche Personen, die an „Dämonen“ (und andere „Geistwesen“) zu glauben vorgaben (vgl. Schilling 2016, Albert 2008). Dasselbe Argument gilt auch für „Funktionsbeziehungen“ zwischen Faktoren, die von einer Theorie behauptet werden, nach Annahme einer konkurrierenden Theorie indessen nicht beobachtet werden können. Aber es kann dauern, bis man solche Einwände akzeptiert; so wurde die These, dass sich die relativen Positionen der „Gestirne“ der Tatsache verdanken, dass sie an „Sphären“ festgenagelt sind, endlich doch aufgegeben, obgleich man nicht zurückgeschreckt hatte, ihren Kritiker auf dem Scheiterhaufen zu verbrennen.

⁴³Vgl. Krajewski 1977.

„faktualisieren“, bleibt allerdings möglich. Jede gelungene Faktualisierung aber ist damit gleichzusetzen, dass die faktualisierende Theorie T nicht nur erklärt, weshalb ihre Konkurrentin T' zu zutreffenden Ableitungen gelangt ist⁴⁴, sondern ihr auch einen Falschheitsgehalt nachweist, der im Extremfall „total“ sein kann. Im letzteren Fall kann T' zu den Akten genommen werden, während T' dann, wenn sie (nur) über einen partiellen Falschheitsgehalt verfügt, in ihrer Jetztform so lange aufrechterhalten bleiben kann, als man (aus welchen „praktischen“ Gründen oder „pragmatischen Gesichtspunkten“ auch immer) damit zufrieden ist, dass sie nur dort zu erkennbar zutreffenden Ergebnissen führen wird, wo die von T identifizierten Zusatzfaktoren *keine* explanative Rolle spielen bzw. die beobachtbaren „Abweichungen“ (aus „messtheoretischer“ Sicht gewissermaßen) vernachlässigungsfähig sind. In diesem Fall kann eine falsifizierte Theorie, trotz ihrer Mängel, als eine „idealisierte“ Variante der sie faktualisierenden Theorie im Spiel – und damit Bestandteil eines Forschungsprogramms – bleiben⁴⁵.

2.3.2 Fragen der heuristischen Fruchtbarkeit eines sozialwissenschaftlichen Forschungsprogramms

Da die Bedeutung einer hard-core-fähigen Handlungstheorie für die Entwicklung eines Forschungsprogramms darin besteht, dessen Modellbildung anzuleiten und dabei zu helfen, jene Hypothesen ausfindig und aneinander anschlussfähig zu machen, deren Überprüfungsschicksal der Entwicklung des jeweiligen Forschungsprogramms die Richtung weist, muss man damit rechnen, dass sich unterschiedliche sozialwissenschaftliche Forschungsprogramme anhand der Gehalte der jeweils verwendeten Handlungstheorien voneinander unterscheiden lassen werden. Ob eine Theorie dazu beiträgt, ein Forschungsprogramm zu initiieren und erfolgreich voranzutreiben, ist von der Frage, ob sie nicht am Ende falsch ist, unabhängig, denn wie Popper (wahrscheinlich zu Recht) meinte, sind die meisten unserer Theorien (höchst wahrscheinlich) falsch⁴⁶. Vielmehr wird sich die heuristische Fruchtbarkeit einer als „hard core“ dienlichen Handlungstheorie danach bemessen, in welchem Ausmaß sie dazu hergenommen werden kann, „problematistische soziale Situationen“⁴⁷, „Dilemmata“⁴⁸ oder „soziale Fallen“⁴⁹ zu identifizieren, in die eigensinnige Akteure geraten können, und ob sie (kontinuierlich) dazu anregt,

⁴⁴Auf diesen Fall wollte sich das „klassische Reduktionsprogramm“ von Ernest Nagel beschränken (vgl. für dessen „Schicksal“ Schmid 2017b).

⁴⁵Vgl. für die Details dieser Vergleichsmethodik und die daraus resultierende Modellierungstechnik Schmid 2004a, S. 23 ff. und Schmid 2015a.

⁴⁶Popper 1965a, S. 28. In den Sozialwissenschaften sind es sicher *alle* Theorien.

⁴⁷Raub und Voss 1986, S. 85.

⁴⁸Vgl. Ullmann-Margalit 1977.

⁴⁹Vgl. Cross und Guyer 1980.

Hypothesen über mögliche Lösungswege für die aus solchen fragwürdigen Situationen resultierenden Abstimmungsprobleme zu finden und auszuschildern (oder nicht)⁵⁰.

Wie aber entscheidet man sich zugunsten der einen oder anderen (die weiteren Forschungen anleitende) Handlungstheorie? Ich denke, dass man die Zufälligkeit solcher Entscheidungen in Erinnerung halten sollte. In der Regel wird man nicht in aufwendige Vergleiche zwischen verschiedenen Theoriekandidaten eintreten und hernach die beste (oder aussichtsreichste) wählen, um ein Forschungsprogramm zu initiieren, sondern sich für das „theoretische Lager“ entscheiden, in dem man seine formativen Erfahrungen hat machen können (oder müssen). Dabei wird man damit rechnen können, dass Urteile über die möglichen oder erwartbaren Verdienste der einen oder anderen Theorieversion – etwa in Form Kuhn'scher „Paradigmen“ – bereits im Umlauf sind und dass man an diesen die (erwartbare) Vorteilhaftigkeit einer Theorienselektion (zumindest) veranschaulichen kann. Ich selbst hatte mich bereits vor geraumer Zeit – und nachdem ich jede Suche nach erklärungsdienlichen Makrogesetzen einstellen musste – darauf festgelegt, menschliches Handeln, sofern es darum gehen soll, zwischenmenschliche „Interaktionen“ und Beziehungsmechanismen zu modellieren, als eine Form des zielorientierten und/oder absichtsgeleiteten Handelns zu konzipieren, das den Akteur generell vor die Schwierigkeit stellt, zwischen unterschiedlichen Handlungsweisen oder -verläufen „wählen“ zu *müssen*⁵¹. Demzufolge verfügen Akteure (immer) über mehrere Handlungsmöglichkeiten und sei es nur, ein aktuelles Vorhaben auch unterlassen oder aufgeben zu können, weshalb sie (auf eine handlungstheoretisch explizierbare Weise) aussuchen (oder „selektieren“) müssen, welche Handlungsalternative sie – wann, unter

⁵⁰Diese Regel nutzt den logischen Tatbestand aus, dass falsche Theorien auch wahre Folgerungen enthalten können.

⁵¹Vgl. Schmid 1979. Die dort behandelten Texte entstammen alle der „philosophy of action“ und weniger der damaligen Sozialpsychologie, die mir kaum Eindruck machte, weil ich sie nicht eindeutig mit „echten“ soziologischen Problemen (wie Ungleichheit, Kriegen, Kooperationen etc.) in Verbindung setzen konnte. Mit „Zielen“ und „Mitteln“ hantierend, hätte ich mich in die Tradition Max Webers stellen können, wobei es aber wenig zu analysieren gegeben hätte, zumal mich die Webersche Handlungskonzeption anfänglich vor ein Rätsel stellte (Norkus 2001, der Webers mangelhaftes Verständnis des strategischen Handelns hervorhebt, gab es noch nicht). Meine Bevorzugung einer Entscheidungstheorie verdankte sich aber auch meiner Abwehr des „verhaltens-theoretischen“ Forschungsprogramms, wie ich es bei Homans (1968) kennen gelernt hatte, bzw. der Beobachtung, dass die Allgemeinheit der damals umfangreich diskutierten Festinger'schen „Theorie der kognitiven Dissonanz“ darunter litt, dass sie vornehmlich „post-decisional processes“ thematisieren wollte, wobei ich den Versuch meines Freundes und Kollegen Richard Münch (1972), diese Theorie zur einer „Theorie mentaler Inkonsistenzen“ zu erweitern, unbeachtet ließ, weil auch sie nur ungenügend an soziologische Fragestellungen anknüpfbar war. Zugleich wollte ich mich aber auch von tautologie-nahen Motivationstheorien fernhalten (vgl. Schmid 2004b) bzw. von den Übertreibungen „soziobiologischer“ (vgl. Schmid 2017a, S. 103–128) und anderer nicht-kognitivistischer Erklärungen – wie etwa der Stimulus-Response-Theorie des Lernens, die allerdings bereits zu meinen Studienzeiten „tot“ war.

welchen Umständen und wie – verfolgen wollen und welche sie hinten zu stellen haben. Handeln zieht demnach immer den Verzicht auf die Erträge, die man von den abgewählten Handlungsalternativen hätte erwarten dürfen, und damit nicht nur Aufwands-, sondern auch Opportunitätskosten nach sich (oder aus Sicht der dabei „ersparten“ Kosten natürlich auch „Opportunitätsgewinne“), und zugleich ist seine Planung und Durchführung ohne aufwendigen „effort“ (oder ohne psychische Anstrengung) nicht organisierbar. In diesem Sinn ist jedes Handeln mit Anstrengungen und Beschwerden verbunden. Im Verlauf weiterführender Überlegungen hat sich mein Verdacht verdichtet, dass sozialwissenschaftliche Modellanalysen, die sich der Vernetzung von individuellen Wahlhandlungen widmen wollen, am besten mithilfe einer *Theorie des intentionalen, individuellen Entscheidens* entwickelt werden können⁵², wie sie auch Luhmann als anfänglichen Ausgangspunkt seiner Gesellschaftsanalyse gewählt hatte, bevor er sich – auf Parsons Spuren – in den steilen Wänden der Systemabstraktionen zu versteigen begann⁵³, und die man in die Richtung eines „strategischen“ Handlungsverständnisses erweitern konnte⁵⁴.

Die idealisierte und entsprechend einfache Ausgangsfassung dieser Theorie des Entscheidens, die – was ich im vorliegenden Zusammenhang nicht näher ausformuliere – für

⁵²Zwei Bemerkungen sind an dieser Stelle angebracht: 1) Ich lasse unerörtert, dass sich eine solche Theorie auch dazu eignet, sich auf die Suche nach den Bedingungen „kollektiver Intentionalität“ zu machen (vgl. im Überblick Schmid und Schweikard (Hrsg.) 2009). Und 2) sollte deutlich werden, dass sich weder die durch Granovetter (und andere Autoren) ins Gespräch gebrachte „Netzwerktheorie“ noch andere „Relationalitäten“ als *Grundlagentheorie* eines Forschungsprogramms eignen; solche Versuche setzen insoweit „zu hoch“ an, als mit dem Nachweis, dass bestimmbar Beziehungen zwischen Handlungen bestehen, nicht zugleich entschieden ist, wie man deren Genese erklären sollte. Vielmehr wird das forschungsprogrammatische Pferd unnötiger Weise von hinten aufgezügelt, weil ja erst im Lichte der jeweils verwendeten Handlungstheorie sichtbar werden kann, welche Arten von Beziehungen zu beachten sind. Geht man davon aus, dass nur *bestimmte* Beziehungsformen erforscht werden sollen, dann erleichtert man sich natürlich die Identifikation jener Akteursmerkmale, die mit der jeweiligen Beziehung verträglich sind, die sie zu erklären helfen etc. – aber dabei muss keine wahre Handlungstheorie herauskommen. Und anders herum glaube ich auch nicht, dass es einer formal bleibenden Netzwerkanalyse ohne handlungstheoretischen Beistand, der erlaubt, die *Art der Regulierung* einer Interaktionsform zu identifizieren, möglich ist, „Markttransaktionen“ von „Organisationen“ und „Netzwerken“ zu unterscheiden bzw. die Mechanismen aufzufindig zu machen, die jeweils wirken. Ich denke aber, dass einsichtige Vertreter der Netzwerkanalyse das wissen (vgl. Jansen 2006, S. 22 ff.).

⁵³Vgl. Luhmann 1964, Luhmann 1968. Ich gestehe gerne, dass mich diese (*frühen*) Luhmann-Analysen ebenso beeindruckt haben wie die (*frühen*) Ausführungen von Talcott Parsons (vgl. Parsons 1968). Sie richtig einzuordnen, hat leider länger gedauert als mir lieb war.

⁵⁴Über die theoretische Bedeutsamkeit des strategischen Handelns begann ich aufgrund einer (im Rückblick äußerst merkwürdigen) Bemerkung meines akademischen Lehrers Carl J. Friedrichs nachzudenken, der in einer seiner Vorlesungen meinte, die Arbeit von Neumann und Morgenstern (1961) könne man in der „Theorie der Außenpolitik“ nicht gebrauchen. Den Sinn von strategischen Modellierungen zu entdecken gelang mir allerdings erst, als ich die Begrenztheiten der Parsons’schen Erwartungsgleichgewichtsmodelle erkannte.

gewöhnlich unter der Bezeichnung „Theorie des rationalen Handelns“ diskutiert wird⁵⁵, berücksichtigt zwei zentrale Variablen und zwei wahlrelevante Prozesse: zunächst *Ziele* oder Evaluationen, anhand derer ein Akteur mögliche Weltzustände *bewertend* einordnen kann; und sodann *Erwartungen* darüber, was der Fall ist oder sein wird, wenn er handelt (oder eben nicht). Dabei kann der Akteur wissen, dass diese Erwartungen unterschiedliche Valenzen haben; er kann sich seiner Erwartungen sicher sein oder nicht, sie als risikobehaftet einschätzen oder nicht, oder am Ende gar nicht wissen, was er erwarten kann (oder sollte). In manchen Systematisierungen wird angenommen, dass der Akteur – um diese Valenzen zu bestimmen – dazu in der Lage ist, seine Erwartungen der graduierten „Wahrscheinlichkeit“ nach zu ordnen, dass sie zutreffen. Die beiden (eingangs) angedeuteten Prozesse beziehen sich sodann auf die Fähigkeit des Akteurs, seine Zielbewertungen mit den Erwartungswahrscheinlichkeiten in eine kontrollierbare Beziehung zu setzen und auf diese Weise zu einer *Präferenzordnung* der für ihn denkbaren oder denkwürdigen Handlungsalternativen zu gelangen. Dies setzt voraus (muss ihm aber nicht durchgehend gelingen), dass er dazu in der Lage ist, den dadurch in Sichtweite geratenden Alternativen einen „Relevanz-“ oder „Nutzenwert“ zuzuordnen. Und endlich muss er eine (zumindest eine) *Selektionsfunktion* kennen, die ihm sagt, welche der von ihm (unterschiedlich) präferierten Handlungsalternativen er wählen sollte (oder wird), wozu er in der Lage sein sollte, die Nutzenbewertung seiner Handlungsalternativen gegen deren Kostenträchtigkeit, die man unter der Rubrik „Entscheidungskosten“ zusammenfassen kann, abzuwägen. Der funktionale Zweck einer solchen Selektion liegt darin, dass sie für den (sicher nicht immer oder nur regelmäßig eintretenden) Fall, dass sie tatsächlich gelingt, den Entscheidungsprozess vor Widersprüchen, Zirkelschlüssen und Indifferenzen schützen kann⁵⁶. Im einfachsten (und psychologisch) plausibelsten Fall gelingt dies, wenn ein Akteur sich jener Selektionsregel bedienen kann, die ihm den höchsten Nutzenertrag zu sichern scheint; das ist die (vor allem in Soziologenkreisen) berühmte „Maximierungsregel“ der „Theorie rationalen Handelns“. Es sind aber – zumal in Abhängigkeit zu seinen unterschiedlichen Zielen und zu dem durchaus und in differentem Grade schwankenden Wissen, das der Akteur über seine Handlungssituation und die Erfolgswahrscheinlichkeiten seiner Zielvorhaben besitzt – alternative Auswahlregeln (wie Gewohnheiten statt beständig neue Überlegungen anzustellen, Satisficing durch Einschränkungen des Suchbereichs,

⁵⁵Vgl. Schmid 2004a, S. 146–170, Schmid 2011a.

⁵⁶Für das hieraus resultierende „Eindeutigkeitspostulat“ vgl. Hardin 2003. Was geschieht, wenn dieses Postulat verletzt wird, ist Gegenstand psychoanalytischer Forschungen, der Emotionsforschung, der Forschungen zum „social support“, oder Thema der „Theorie der Akrasia“, der „Persuasion“, der „public lies“ etc. Derartige Untersuchungen sind in allen Fällen mit der Rationaltheorie vermittelt der Annahme (logisch) *verbunden*, dass sich die dort genannten Bedingungen nicht immer herstellen oder herstellen lassen, *und* ermitteln die Bedingungen, weshalb das so ist und, wenn es günstig läuft, was dann passiert. Der in meinen Augen verfehlt Eindruck, dass jedes der genannten Untersuchungsfelder einem eigenständigen „Paradigma“ folge, entsteht dann, wenn man diesen Zusammenhang *nicht* ernst oder *nicht* wahrnimmt.

Kostenminderung statt Gewinnmaximierung, „social support“ statt „lonely wolf-decisions“ etc.) denkbar, und zudem ist der Fall zu berücksichtigen, dass der Akteur keine Selektionsregel kennt und deshalb zu gezielten Willkürlichkeiten – in der Spieltheorie „Lotterien“, in der Ethnologie „magische Praktiken“, in der Betriebswirtschaftslehre „Management-Ratgeber“ genannt – greift, um zu einer Entscheidung zu gelangen. Jede Theorie dieser Form sollte im Auge behalten, dass die einer Entscheidung unterlegten Erwartungen falsch und die erstrebten Zielsetzungen unrealisierbar sein können, weshalb es zu ihren Aufgaben mit gehören kann und muss, (auch) das Scheitern einer Handlung zu erklären.

Diese Theorie des individuellen Entscheidens ist aus allen denkbaren Richtungen (und vielfach zu Recht) kritisiert worden⁵⁷, verfügt aber über folgende Vorteile. Zum einen fordert sie dem Forscher ab, jede Handlungssituation danach abzusuchen, wie sich welche ihrer Eigenheiten auf die zentralen Variablen und Prozesse, wie sie der Theorie individuellen Handelns zu entnehmen sind, auswirken. D. h. sie enthält eine (implizite) Anweisung darüber, welchen *Anfangs-* und *Randbedingungen* der Forscher seine Aufmerksamkeit für den Fall zu widmen hat, dass er untersuchen will, wie und mit welchem Erfolg sich seine Akteure in ihrem Handlungsfeld bewegen, indem sie dessen Eigenheiten in Ertrags- und Kostenwerte „übersetzen“⁵⁸. Zum weiteren dient sie dazu, die *Probleme des Handelns*, wie sie ein Akteur empfindet oder einschätzt, zumal in strategischen Situationen, in denen die Handlungen der Mitakteure über den eigenen Handlungserfolg (mit)entscheiden, über die Hindernisse zu definieren, die seinem Handlungserfolg in diesem Fall im Weg stehen, was in Abgleich zu den Erträgen zu geschehen hat, die der Akteur im Erfolgsfall zu erhalten erwartet⁵⁹. Die mögliche Lösung eines Handlungsproblems ist demnach mittels der Möglichkeit und Fähigkeit der Akteure bestimmt, einen „Ausweg“ aus ihrer „kritischen Lage“ zu finden, mit dessen „Auszahlungen“ sie – angesichts der Restriktionen und Alternativen, denen sie sich gegenüber sehen – „zufrieden“ sein können (oder müssen).

Das legt die auf Vilfredo Pareto zurückreichende und von John Nash in die Spieltheorie importierte These nahe, dass sich die mögliche *Gleichgewichtigkeit* ihrer Beziehungsform(en) in der Folge danach (definieren und) bemessen lässt, dass keiner der Akteure sich in der Lage sieht, sein situationsabhängiges „Einkommen“ dadurch zu erhöhen, dass er eine andersgeartete Handlung wählt⁶⁰. Allerdings ist wichtig zu sehen, dass weder Paretos noch Nashs Gleichgewichtsvorstellung daran gebunden ist, dass alle in das systemdefinierende Wechselspiel eingebundenen Akteure auf ihre Kosten kommen

⁵⁷Vgl. zum Überblick Schmid 2011a.

⁵⁸Alternative Theorien führen entsprechend zu unterschiedlich gearteten „Übersetzungen“.

⁵⁹Alternative Theorien führen entsprechend zu unterschiedlichen Auffassungen darüber, *welche Probleme* die Akteure haben können.

⁶⁰Wie weit man kommt, wenn man diesen Teil der Forschung im Rahmen der sogenannten „Spieltheorie“ betreibt, haben wir zu zeigen versucht (vgl. Maurer und Schmid 2010).

müssen oder dazu instand gesetzt wären, ihre vorweg feststehenden Pläne zu realisieren⁶¹. Stattdessen verfehlen sie nur zu oft – gerade infolge ihrer strategischen Wechselabhängigkeiten – die für alle befriedigenden Verteilungszustände⁶², verfangen sich in ebenso suboptimalen wie ausweglosen „lock ins“ und müssen Verlustabstriche in Kauf nehmen, die in keinem (legitimierbaren) Verhältnis zu ihren Einsätzen stehen, womit sich der Problemdruck, der auf ihnen lastet, (vor allem) dann verstärkt, wenn Abhilfen und Fluchtwege nicht in Sicht sind oder außer Reichweite bleiben. Der entscheidungstheoretischen Aufbereitung dieses Problemfelds kann man zwar Lösungen nicht auf logischem Weg entnehmen; es ist aber schon lange aufgefallen, dass Modelle des strategischen Entscheidens (wenigstens) den (logischen) Ort benennen oder doch andeuten, an dem sich Lösungen abzeichnen; dies kann dann der Fall sein, wenn es gelingt, haltbare Zusatzhypothesen darüber zu finden, dass und wie Akteure Beziehungsverhältnisse etablieren, angesichts derer sie *zuverlässige (oder vertrauenswürdige) Erwartungen* darüber ausbilden können, von ihren Mitakteuren nicht zum „Deppen“ gemacht zu werden⁶³. Die Umstände, angesichts derer dies gelingen mag, sind vielgestaltig⁶⁴: So werden nicht alle Akteure ihren Spaß daran finden, ihre Mitmenschen bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit „hereinzulegen“, zu „betrügen“ oder zu „hintergehen“⁶⁵, so gibt es Möglichkeiten, sich wechselseitig das Recht zuzuerkennen, sich über Erwartungsenttäuschungen beklagen zu dürfen; und umgekehrt gibt es Normen, die auf dem Recht beruhen, zu erwarten, dass einem die Mitakteure – auch ohne Vorwegzugeständnisse an sie – von Schädigungen ausnehmen, oder es gibt die Aussicht, solchen Erwartungen durch Sanktionen und Gegenmaßnahmen Geltung zu verschaffen⁶⁶, wenn schon die Hoffnung gering bleiben sollte, dass sich Akteure – im Sinne des ersten Hinweises – „aus eigenem Antrieb“ mit Garstigkeiten gegenüber ihren Mitmenschen zurückhalten⁶⁷. Kurz: Es existieren

⁶¹Vgl. Homans 1970, S. 277, Braun und Gautschi 2011, S. 79.

⁶²Vobruba (2012b, S. 18–36) hält die in Ökonomiekreisen (immer noch) beliebte Gleichsetzung von Gleichgewicht und einem für alle segensreichen „Ausgleich der Interessen“ für einen Restbestand „vormodernen“, theistischen Denkens, das die empirische Erforschung der tatsächlichen Verhältnisse nachdrücklich behindert. Ich stimme dem zu.

⁶³Vgl. Weise 1995. Dass „sichere Erwartungen“ das Handeln „anleiten“, ist seit Weber (1956, S. 102 ff.) Ausgangspunkt *jeder* „soziologischen“ Handlungstheorie.

⁶⁴Vielleicht hat Elinor Ostrom an so etwas wie die nachfolgende Thesenliste gedacht, als sie die Entwicklung von dafür geeigneten Analysewerkzeugen einforderte, um die „normativen“ und die „kalkulatorischen“ Elemente der individuellen Handlungsorientierungen zu verbinden (vgl. Ostrom 2005, S. 111). Diese Forderung dürfte auch zu den logischen Konsequenzen des moderat deontologischen Ansatzes von Amitai Etzioni (1988) gehören.

⁶⁵Vgl. Field 2004.

⁶⁶Vgl. Berman 1995, Buchanan 1975 u. a.

⁶⁷Ich habe immer wieder *versucht*, Schritt mit den entsprechenden Forschungen zu halten (vgl. Schmid 1998, S. 118 ff., 131 ff., 159 ff., 189 ff., Schmid 2004a, S. 199 ff., 247 ff., Maurer und Schmid 2010 u. a.).

Chancen, *Institutionen*⁶⁸ zu bilden, die auf relativ *dauerhaften Wechselwirkungen* darüber fußen, dass keiner der Akteure mit Schädigungen durch seine Mitakteure rechnen sollte, und die sich dann ausbilden (können), wenn die Akteure wissen, dass sie das (möglichst einklagbare) Recht besitzen, an andere die normative Forderung zu richten, von Übergriffen auf ihre eigenen Interessen so lange verschont zu werden, als sie selbst Rücksicht auf die Belange anderer zu nehmen bereit sind⁶⁹. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich solche Wechselwirkungen auf Dauer stellen lassen, steigt, wenn sich die Akteure erfolgreich und unzweideutig signalisieren können, dass sie die handlungssichernden Erwartungsverkettungen kennen und deren „Funktionalität“ respektieren⁷⁰ (bzw. sich „verraten“, falls sie das nicht tun). Hilfreich ist zugleich auch, wenn die Beteiligten vor allem so lange keinen Anreiz haben, diese „Konvention“ immer und überall (und ohne Vorwarnung) zu verletzen, als jeder von ihnen wissen kann, dass deren Störung oder gar Zerstörung die Chance erheblich mindert, die eigenen Interessen – in einer von allen anerkannten Weise – realisieren oder durchsetzen und damit – wie Friedrich Schiller einst formulierte – „in Frieden leben“ zu können. Dass die Akteure diesen Reflexionsprozess durch Gewohnheitsbildung, in deren Gefolge ihnen die Möglichkeit, sich an anderen zu versündigen, gar nicht erst zu Bewusstsein kommt, abkürzen, ist immer wieder behauptet worden⁷¹. Auf der anderen Seite erhalten sich Institutionen alleine auch deshalb, weil sich Erwartungsalternativen auszudenken und durchzusetzen höchst kostspielig ist, in aller Regel auf keine verallgemeinerbare Zustimmung stößt, und einem jeder Versuch, auf eigene Faust auf Veränderungen des Erwartungsbestandes zu drängen, vor das dabei regelmäßig auftauchende Problem des „kollektiven Handelns“⁷² stellt, wenn nicht die Rolle eines „Don Quichottes“ aufbürdet⁷³, der unter Verkennung aller Möglichkeiten und sachlich gebotener Notwendigkeiten gegen Windmühlen ficht⁷⁴. Auch kann kaum bestritten werden, dass Akteure die Tatsache, dass sie sich innerhalb eines bestehenden und d. h. von den Mitakteuren mit gezimmerten bzw. anerkannten „institutionellen Rahmens“ bewegen, als einen hinreichenden Grund dafür einzuschätzen lernen können, sich an die ihnen gerade deshalb bekannten Regeln (im Groben und Ganzen) zu halten; auch dies kann in Gewohnheitsbildung ausmünden. Und selbstverständlich können institutionalisierte Erwartungen auch durch die wahrscheinliche Intervention Dritter geschützt sein, die dann tätig werden, wenn sie von ungerechtfertigten Erwartungsverletzungen erfahren, wobei man einsehen sollte, dass die dazu benötigten institutionellen Voraussetzungen, die sicherstellen, dass sie im Sinne der Neutralisierung von Regelabweichungen

⁶⁸Vgl. Schotter 1981, Sugden 1986, Rowe 1989, Eggertson 2005, Rehberg 2014 u. v. a.

⁶⁹Diese These ist weder neu noch unbekannt (vgl. zur Diskussion Schmid 1998, S. 160 ff.).

⁷⁰Vgl. dazu die Forschungen von Ripperger 1998 und Rehberg 2014.

⁷¹Vgl. Camic 1986.

⁷²Vgl. Olson 1968 und die sich daran anschließenden Forschungen.

⁷³Vgl. Baurmann 1996.

⁷⁴Beachtliche Modellierungen finden sich bei Kuran 1995.

agieren, nicht in allen Fällen geschaffen werden können⁷⁵. Und endlich kann man versuchen, die Bedingungen ausfindig zu machen, angesichts derer die Akteure dazu neigen, sich – vielleicht infolgedessen – auf die Einhaltung der Erwartungen anderer – wie es heißt: „moralisch“ – zu „verpflichten“⁷⁶. Allerdings können die Gründe, sich gemeinsam verpflichtenden Bewertungen der institutionalisierten Verhältnisse anzuschließen und sich erwartungsgemäß zu verhalten, immer auch (wieder) entfallen, was zur Folge hat, dass selbst moralbasierte Regelungen keinesfalls ultrastabil sind, und sich zumal bei mehrerlei Anlässen enttäuschte Akteure vor die Frage gestellt sehen, ob sie abwandern, protestieren und auf Veränderungen bestehender „Erwartungshaltungen“ drängen oder sich in die innere Immigration zurückziehen sollten⁷⁷.

Solange man bereit ist, die Entscheidungstheorie als möglichen Schlüssel zur Entdeckung gleichgewichtiger Verteilungszustände anzuwenden, liegt eine zweite Lösung des Institutionenproblems auf der Hand: Es kann nicht nur dann als bewältigt gelten, wenn es gelingt, aufeinander bezogene und miteinander kompatible Erwartungen auszubilden, sondern auch für den Fall, dass die Akteure auf die *Gemeinsamkeit ihrer Ziele* (oder Werte) zurückgreifen können. Verderbliche Konflikte – so die dahinter stehende Idee – können vermieden werden, wenn alle Akteure gleichsinnige (oder gleichwertige) Ziele verfolgen. Diese These wird in der Parsonstheorie und deren Nachfolgeunternehmungen bis heute vertreten, ist aber – verstanden als eine verallgemeinerte Hypothese – unter vielen Umständen leider falsch. Die Gemeinsamkeit von gleich bewerteten Bestrebungen ist nicht zwingend an die Möglichkeit der Akteure gekoppelt, dass jeder auf seine Rechnung kommt; vielmehr kann die Gleichbewertung erwünschter Zustände höchst kostenträchtig sein, wenn sich die daraus resultierenden Ziele auf knappe oder unteilbare Güter beziehen; verlustreiche Auseinandersetzungen sind angesichts dessen jedenfalls so lange die regelmäßige Folge, als die Benachteiligten keinen Verzicht üben, sondern zur Durchsetzung von „Umverteilungsmaßnahmen“ zur „Gegenwehr“ greifen (wollen). Auch geben gemeinsame Wert- und Zielvorstellungen – wie wir seit Mancur Olsons einschlägigem Beitrag zur „Logik des kollektiven Handelns“ wissen – Anlass zur Unterversorgung zumal mit sogenannten „kollektiven Gütern“, u. a. weil die mit ihrer Beschaffung verbundenen Handlungsanreize – trotz gleich gelagerter Wünsche – zum Trittbrettfahren motivieren, das nicht immer in einem kooperationsdienlichen Sinne vermieden werden kann, sondern in vielen Fällen (allenfalls) zu einem ebenso suboptimalen wie stabilen Gleichgewichtszustand der wechselseitigen Zuleistungsverweigerung führt.

⁷⁵Dass dies unmöglich sei, gehört zu den Denkvoraussetzungen jener, die daran interessiert sind, „anarchische“ Verhältnisse zu modellieren. In der Wolle gefärbte Soziologen mögen ein solches Szenario gar nicht und klammern sich gerne an die Vorstellung, dass der Mensch auf ein gesellschaftsfälliges Leben wohl vorbereitet bzw. dafür präparierbar sei.

⁷⁶Vgl. Mackie 1981, Gauthier 1986 u. a.

⁷⁷Vgl. Hirschman 1974, Hirschman 1996. Jede dieser „Reaktionen“ hat ihre eigene Erfolgs- und Kostenstruktur und empfiehlt sich nicht unter allen Umständen.

2.3.3 Abstimmungsmechanismen als Lösung von Ordnungsfragen

Damit sind wir beim dritten Aspekt angelangt, dem sich ein sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm zu widmen hätte (bzw. widmen könnte), und den Soziologen (und Politikwissenschaftler bzw. Gesellschaftshistoriker und -theoretiker) vornehmlich unter der Frage nach der „sozialen Ordnung“ aufgreifen, wohingegen sich die Ökonomik (aller Couleur und Lager) lieber auf die Stabilitäten von Auszahlungen oder Erträgen konzentriert, die die Akteure dann erhalten können, wenn und solange sie sich an bestehende Regulierungen halten⁷⁸. Ich würde gerne darauf bestehen, dass damit nicht zwei unterschiedliche Themenstellungen angesprochen sind, sondern ein und das gleiche Problem anklingt, das sich im Lichte einer Entscheidungstheorie in die Frage kleiden lässt, wie es eigeninteressierten Akteuren gelingen kann, sich auf Verkehrsverhältnisse zu einigen (oder ihnen ohne weitere Klagen zuzustimmen), die ihren Zielsetzungen zuträglich sind. Unter diese Zielsetzungen mögen sowohl die individuell verwertbaren Einkommen fallen als auch die kollektiven Vorkehrungen, die dafür sorgen, dass solche Erträge möglich bleiben bzw. als deren Resultat sich die Schädigungen vermeiden oder doch mindern lassen, die die Motivation unterhöheln müssen, auch weiterhin bestimmten Institutionen „angehören“ zu wollen. Sofern „einer Institution angehören“ heißen muss, bestimmte abstimmungsdienliche Regeln einhalten zu wollen, lässt sich dieselbe Frage auch als diejenige nach den, wenn möglich: stabilisierbaren, Funktionsbedingungen jener Abstimmungsmechanismen stellen, die regelzuträgliche Verteilungsstrukturen zur Folge haben. Dabei muss immer auch der Vorbehalt gelten, dass Aufbau und Betrieb solcher Mechanismen nicht immer gelingen, mit Abschlügen verbundene Second-best-Lösungen nicht immer vermieden werden können und sich bisweilen auch abstimmungsgefährdende, wenn nicht zerstörerische Desaster einstellen, an deren Erhalt in aller Regel nur wenige „Katastrophenprofiteure“, die es immer geben kann, interessiert sind.

Ich möchte die damit verbundenen Erklärungsprobleme anhand zweier augenfälliger Gesichtspunkte kennzeichnen und die bislang vorgetragenen Überlegungen damit präzisieren⁷⁹. Zunächst sollte ich daran erinnern, dass es ohne eine haltbare Handlungstheorie nicht gelingen kann, die Problemfelder ausfindig zu machen, deren verhaltensabstimmende Regulierung – aus der Sicht der Referenzakteure – erwünscht sein mag⁸⁰. Auch muss, um funktionalistische Beweisführungen auszuschließen, vermieden werden, diese Probleme *ausschließlich* anhand der situativen Merkmale oder Handlungseigenschaften zu

⁷⁸Vgl. für die „soziologische“ Analyseform Peters 1993 und für die „ökonomistische“ Sugden 1986.

⁷⁹„Durchbuchstabiert“ – wie Ulrich Beck gesagt hätte – werden diese Gesichtspunkte in Maurer und Schmid 2010.

⁸⁰In genau diesem Sinne ist der Ratschlag zu befolgen, *auch* die vielfach diskutierten Prozesse „gesellschaftlicher Differenzierung“ einer handlungstheoretischen Mikrofundierung zu unterziehen (vgl. Schimank 2005, Schwinn et al. (Hrsg.) 2011).

beschreiben, die als deren Lösung gelten können⁸¹. Was wir (vielmehr) benötigen ist eine Erhebung der verschiedenen Arten „problematischer sozialer Situationen“⁸², die zugleich erlaubt, die *Verschiedenartig* möglicher Lösungen zu identifizieren, auf die Akteure in Reaktion auf die Besonderheiten ihrer Problemlage stoßen mögen. Vertraut man sich zur Erklärung der dabei auftretenden Prozesse einer Theorie des Entscheidens an, dann kann auffallen, dass es möglich ist, verschiedene „Situationslogiken“ anhand der Dringlichkeit und der Art jener Konflikte zu unterscheiden, die jenen Akteuren begegnen, die sich in ihrer jeweiligen Handlungssituation bewegen müssen. So werden die Akteure kaum Schwierigkeiten haben, ihr Handeln (auch dauerhaft) aufeinander abzustimmen, wenn ihre Ziele kompatibel sind und sie zugleich wissen (oder sicher erwarten), dass alle übrigen sich bereitfinden werden, zieldienlich zu handeln; aufwendiger zu bewältigen und in der Folge labiler sind Situationen, in denen sich die Ziele der Akteure zwar nicht widersprechen, sie aber unsicher sind, ob die anderen bei deren Realisation „mitmachen“ werden – Situationen also, in denen Ignoranz wehtut oder Misstrauen in die Zuverlässigkeit der Mitakteure aufkommt. Unter dieser Bedingung entsteht zumindest ein (nicht immer lösbares) Informationsbeschaffungsproblem. Noch umstrittener wird die Sachlage, wenn sich Akteure in einer Handlungssituation bewähren müssen, in der sie befürchten sollten, dass ihre Mitakteure sie schädigen können, und sie letztlich nicht zur Gänze auszuschließen bereit sind, dass sie davon absehen werden. Zumal dann, wenn man an längerfristigen Verkehrsverhältnissen interessiert ist, wird man nicht umhin kommen, zur Vermeidung wahrscheinlicher Übergriffe und deren krisenhafter Folgen, die vor allem darin bestehen, dass infolge der (möglichen) Beziehungsgefährdung bzw. -auflösung die Erträge zurückgehen bzw. die bislang vorgenommenen Investitionen in bestimmte Beziehungsregimes verloren gehen, Sicherungen einzubauen und diese Vorkehrungen ebenfalls (mithilfe sachdienlicher, überwachbarer und durchsetzbarer Regeln) zu „institutionalisieren“ und damit erwartbar zu machen. In der Folge kann man derartige Krisensituationen auch danach klassifizieren, ob ein durch Schädigungen bedrohter Akteur über Abwanderungs- oder Rückzugsmöglichkeiten verfügt oder ob er sich seinen Schädigern aussetzen muss, wobei sich im Fall ihrer Unausweichlichkeit die betreffende Konfliktlage anhand der Frage charakterisieren lässt, ob (alleine oder im Verbund mit anderen) eine Gegenwehr möglich und Erfolg versprechend ist oder nicht. Auch kann man die abstimmungsbedürftigen Handlungsprobleme danach unterscheiden, in welchem Umfang die „im Spiel“ befindlichen Erträge teilbar sind (oder nicht), ob gilt, „the winner takes it all“ (oder ob weniger asymmetrische Verteilungen möglich sind) oder ob sich Erträge des einen und die Verluste

⁸¹Vgl. dafür Campbell 1996. Vor allem Semantiken wie „habituelles Handeln“, „regelgeleitetes Handeln“ oder „moralisches Handeln“ transportieren bei vielen Denkern die These, die derart agierenden Akteure kämen gar nicht umhin, sich anders als geschildert (oder gefordert) zu verhalten. Das ist ebenso (faktisch) unwahr wie (theoretisch) unsinnig, wie jeder Blick in eine beliebige Tageszeitung beweist. Auch digitale Quellen eignen sich dafür, dieser Einsicht zum Durchbruch zu verhelfen.

⁸²Raub und Voss 1986.

anderer zu einem Nullbetrag aufaddieren oder nicht – der Grad, in dem mögliche Verhandlungen zu Verteilungskompromissen führen oder Schlichtungsverfahren wirksam sind oder nicht, wird davon abhängen, wie diese Fragen beantwortet werden können⁸³. Und zur Katastrophe kann ein Problem ausarten, wenn beim Versuch, ihm erfolgreich zu begegnen, keiner gewinnt und alle verlieren und sich das daraus resultierende Misstrauen und die damit verknüpften Enttäuschungen (ohne Intervention und Mediation von Dritten oder von „außen“) nicht mehr beseitigen lassen. Institutionelle Regeln, die solche unaustarierbaren Folgen haben, können nicht „überleben“ bzw. sie werden erst gar nicht entstehen⁸⁴. „Exit“ wird dann zur naheliegenden Lösung oder, wenn dies unmöglich ist, „Kampf“.

Man kann solche „Typologisierungen“ problematischer Situationen in unterschiedlicher Weise vornehmen⁸⁵; wichtig ist in allen Fällen, dass dabei *die unterschiedliche Art des Konflikts* sichtbar wird, den die Akteure lösen oder bewältigen wollen, wenn nicht müssen, weil sich danach bemisst, *welche Regulierung* sie akzeptieren sollten, um ihre Abstimmungsprobleme zu lösen, was seinerseits deshalb vordringlich zu klären ist, weil die Kosten, die mit der Akzeptanz der einen oder der anderen Regel verbunden sind, durchaus unterschiedliche sein werden. Allzu viele Regulierungsversuche scheitern, weil man ihre Sachgerechtigkeit aber auch ihre Durchsetzungskosten falsch einschätzt oder übersieht, dass unbedachte Fern- und Nebenfolgen auftreten, die alle Hoffnungen, eine haltbare Lösung institutionalisieren zu können, zunichtemachen.

Um die damit verbundenen Probleme wird sich die Modellbildung eines handlungstheoretisch fundierten Forschungsprogramms bemühen müssen, die dem Grade entsprechend erfolgreich oder „progressiv“ verlaufen kann, in dem es seinen Betreibern gelingt, sich immer wieder (neue) Hypothesen darüber auszudenken und auszutesten, wie sie fehlerhafte Modellrekonstruktionen der von ihren Akteuren zu bewältigenden Institutionalisierungsschwierigkeiten „ausbügeln“ können. Die „Entdeckungen“, die man in diesem Zusammenhang machen kann, und deren unerwartete „Implikationen“ treiben das betreffende Forschungsprogramm voran.

Der zweite Gesichtspunkt, unter dem ich die Entwicklung eines sozialwissenschaftlichen Institutionalisierungsprogramms bewerten möchte, betrifft den Begriff und die Funktionsweise regulativer „Mechanismen“ und deren Modellierungsverfahren. Ich hatte selbst dazu beigetragen, dieses Konzept des „sozialen Mechanismus“ zu popularisieren⁸⁶, muss aber mittlerweile einsehen, dass ich damit keine durchweg glückliche Wahl getroffen hatte. Denn wie sich alsbald zeigte (und was ich bei einiger Vorsicht vorweg hätte

⁸³Vgl. für diese Liste Maurer und Schmid 2010 und die dort genannte Literatur.

⁸⁴Wie ich andernorts zu zeigen versuchte, ist zumal die am Problem des „sozialen Wandels“ interessierte Sozialtheorie auf die Beantwortung der in diesem Zusammenhang auftauchenden Fragen nicht wirklich vorbereitet (vgl. Schmid 2015c).

⁸⁵Ich habe mich – eigentlich immer – an die Vorgaben gehalten, die man Ullmann-Margalit 1977 entnehmen kann (vgl. Schmid 1998, Maurer und Schmid 2010).

⁸⁶Vgl. Schmid 2006a, Schmid 2011b u. a.

durchdenken sollen), ist es hoffnungslos vieldeutig⁸⁷, bietet reichlich Gelegenheit zu seinem leerformelhaft Gebrauch⁸⁸, und legt wissenschaftslogische (bzw. erkenntnistheoretische) Deutungen nahe⁸⁹, die nicht nur ich für gänzlich abwegig halte⁹⁰. Auch scheint sich meine hintergründige Hoffnung darauf, dass es gelingen könnte, den Ablauf des als „mechanismisch“ beschriebenen Wechselhandelns der regulationsorientierten Akteure mithilfe entsprechender „dynamischer Modelle“ zu erfassen, nur zögerlich zu realisieren⁹¹. Tatsächlich kann ein sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm jederzeit auch ohne diesen Begriff auskommen, wenn man in Erinnerung hält, welche Funktion ihm im Rahmen eines entsprechenden Erklärungsarguments zukommen sollte. Anfänglich gewählt hatte ich ihn, um anzuzeigen, dass „Mechanismen“ den (einigermaßen) „restriktiven“ bzw. dauerhaft einzurichtenden Interaktionszusammenhang bezeichnen sollten, von dem im Lichte einer Theorie des Entscheidens angenommen werden kann, dass er dazu dient, die untersuchten Verkehrs- oder Beziehungsverhältnisse – im Verlauf eines „dynamischen“ Prozesses – zu „generieren“⁹², wobei besonderes Gewicht auf den Tatbestand zu legen war, dass dies eben dadurch geschehen konnte, dass Akteure in sozialen und damit „strategisch“ zu nennenden Situationen ihre Handlungsziele am konfliktfreien würden realisieren können, wenn sie sich zu Recht darauf würden verlassen dürfen, dass sich ihre „relevanten“ Mitakteure auf dieselben schädigungsmindernden Handlungsregeln einlassen und am Ende verpflichtet könnten wie sie selbst⁹³. In der Folge war damit ein (dauerhaftes) *Wechselverhältnis* zwischen ihnen „konstituiert“, das u. a. im gemeinsamen Wissen um die Verlässlichkeit dessen Wirkungsweise bestand. Dass sich

⁸⁷Vgl. Mahony 2001, Greshoff 2015, S. 49.

⁸⁸Falter und Kroneberg 2014, S. 94.

⁸⁹So meinen Hedström und Ylikoski 2010 – wohl in Anlehnung an Thomas C. Schelling – die Benennung eines Mechanismus *substituieren* die Verwendung von Gesetzen in Erklärungsargumenten, und andere Autoren lösen Mechanismen in kausalstatistische Prozessanalysen auf, die infolge ihres eindeutigen Black-box-Charakters bzw. ihres singulären Charakters überhaupt keinen Erklärungscharakter besitzen (können).

⁹⁰Vgl. Opp 2005.

⁹¹Vgl. etwa die Hinweise bei Glennan 2017, S. 230 ff. Dass dies möglich sein könnte, entnahm ich – wie andere an „mechanismischen Erklärungen“ interessierte Autoren auch – dem Beispiel von Schelling 2006, der allerdings, worin ich ihm nicht folge, die Benennung von „Mechanismen“ als eine Alternative für das an Hempel und Oppenheim orientierte Erklärungsschema betrachtet.

⁹²Vgl. Schmid 2006a, S. 25. Mario Bunge's Einfluss stand dabei Pate. Groff hat kürzlich eine „aktivistische“ Kausalauffassung verteidigt, an die ich mich anschließen würde, und darauf hingewiesen, dass diese Konzeption ohne den Begriff des „kausalen Mechanismus“ auskommen könnte (2016, S. 303); folgt man ihrer Darlegung, dann spricht wenig gegen diesen Ratschlag. Tatsächlich war es mir in Schmid 2006 weniger darauf angekommen, den „Mechanismusbegriff“ zu lancieren als auf den Hinweis, dass sozialwissenschaftliche Erklärungen mikrofundierend zu verfahren haben. Ich hatte – wie immer – ein „methodologisches“, *kein* „konzeptionelles“ Problem.

⁹³Axelrod 1984 führt hier natürlich meine Feder. Meine ersten Überlegungen zu dieser These finden sich in Schmid 1998 versammelt.

dieses Wechselverhältnis, um es den Regeln der wissenschaftstheoretischen Kunst gemäß zu erklären, als „Prozess“⁹⁴ modellieren lassen müsse, im Rahmen einer „interactional dynamics“⁹⁵ oder anhand beispielgebender „Fallstudien“, war mir weniger wichtig gewesen als die Tatsache, dass jede (handlungstheoretische) „Tiefenerklärung“ seiner Funktionsweise *hinreichend* dadurch bestimmt werden kann, dass sich die Erwartungen und die Ziele der Akteure derart aneinander orientieren (und sie mit deren Hilfe so aufeinander „einwirken“), dass sie keinen Anlass haben, sich dazu zu entscheiden, ihre Ziele außerhalb genau jener Institutionen zu suchen und zu verfolgen, die sie auf der Basis ihrer (bisherigen oder vorliegenden) Ziele und Erwartungen gebildet hatten. Dabei war mir auch die AnschlussThese lieb geworden, dass die („gemeinsame“) Kenntnis⁹⁶ genau dieser Möglichkeit – die bestehenden Beziehungsverhältnisse, wenn auch unter Kosten verlassen zu können⁹⁷ – deren (relativen) Bestandschancen dadurch mitbestimmen könnte, dass jeder wissen kann, dass er (natürlich *ceteris paribus*) seine Ertragschancen mindert, wenn er durch interaktionsschädigendes Verhalten seine Mitakteure vertreibt⁹⁸.

Mit dieser im Grundsatz und unausweichlich *handlungstheoretisch* aufbereiteten Orientierungsthese wende ich mich auch gegen die immer wieder vertretene Auffassung, dass eine „formal-kausalistische“ Analyse des Verlaufs- oder Prozesscharakters eines „sozialen Mechanismus“ dazu hinreiche, letzteren eindeutig als einen Lösungsweg für interaktiv generierte *Abstimmungsprobleme* identifizieren zu können⁹⁹. Selbst wenn ich zugestände, dass die Verwendung einer an Pearl, Woodward oder an der Technologie des „process tracing“ geschulten Kausalanalyse¹⁰⁰ notwendig für eine gelungene Tiefenerklärung sein könnte, so reicht dies nicht aus, „das Soziale“ an einem Mechanismus

⁹⁴Vgl. Bennett und Checkel 2015.

⁹⁵Vgl. Staggenborg 2008, S. 342.

⁹⁶Damit ist eine Bedingung angesprochen, die üblicherweise unter dem Stichwort „common knowledge“ behandelt wird; ich halte es für sinnvoll (und spannend), auch weiterhin dieser Spur zu folgen. Wie ich bemerke, haben sich Teile der sogenannten „Wissenssoziologie“ dieser Fragen angenommen.

⁹⁷Vgl. Hirschman 1974.

⁹⁸Vgl. Boyd und Richerson 2005, Seewald 2014 u. a.

⁹⁹Vgl. jüngst wieder Ylikoski 2018.

¹⁰⁰Vgl. Pearl 2000, Woodward 2003, Bennett und Checkel (Hrsg.) 2015. Ich stehe solchen „kausalanalytischen Methoden“ deshalb mit Skepsis gegenüber, weil sie sich 1) einem Kausalverständnis anvertrauen, das den Besonderheiten der Handlungstheorie nicht gerecht zu werden vermag, 2) weil sie dazu tendieren, das Problem der Tiefenerklärung zu umgehen, wenn nicht zu vernachlässigen, und weil 3) die dahinterstehenden Datenerhebungen in aller Regel „induktivistisch“ verfahren. Meiner Auffassung nach können induktive Verfahren a) (erkenntnistheoretisch) nicht gerechtfertigt werden und führen b) zur Akkumulation von relativ theoriefernen Einzelmodellen, deren Kritik und Überprüfung außerhalb eines heuristisch fruchtbaren Forschungsprogramms, wie ich es verteidige, zu verbleiben pflegen. Wie Ronald Coase halte ich die Möglichkeit, einen bestimmten Zusammenhang einer „formalisierenden“ Behandlung zu unterwerfen, nicht als hinreichend dafür, seine Theorie Relevanz zu dokumentieren. Man kann jeden Unsinn formalisieren.

ausfindig zu machen und ihn von *anderen Formen* mechanistischer Tiefenerklärungen zu unterscheiden¹⁰¹. Andererseits wollte ich die Detailtreue, mit der diese Tiefenerklärung gegeben werden sollte, nachdem geklärt war, dass dies auf der Grundlage einer (verbindlich formulierten) Handlungstheorie und im Rahmen einer situationslogisch argumentierenden Modellierungstechnik zu geschehen hat, in der Folge jederzeit dem jeweiligen inhaltlichen Problemstand des betreffenden Forschungsprogramms überlassen. Aus Sicht seiner damit festgelegten, „progressiven“ Heuristik schien es hinreichend zu sein, dass auf dem gewählten Weg dem Gang der Forschungen wenigstens insoweit eine richtungsweisende Fragestellung aufgedrängt werden konnte, als sie von der Untersuchung der Bestandsbedingungen solcher Abstimmungsmechanismen zur Erforschung der Umstände fortschreiten konnten, unter denen sich die regulierungsbasierten Mechanismen wandeln, umgestalten oder endlich auflösen würden.

Mit dieser Richtungsbestimmung wollte ich zweierlei erreichen: Zum einen sollten sich sozialwissenschaftliche Forschungsprogramme daran ausrichten (können), die Bedingungen zu modellieren, unter denen die Akteure eine Lösung ihrer Abstimmungsprobleme würden ausfindig machen und darauf aufbauend (eventuell) auch sozialpolitisch (oder mit anderen Mitteln) „durchsetzen“ können, was angesichts der Befürchtung, dass sich Modellierungsfehler nicht werden vermeiden oder eliminieren lassen, zum Anlass genommen werden konnte, entsprechende Ordnungsvorstellungen als *jederzeit verbesserungsbedürftige*, idealisierte Modelle einzustufen. Ohne eine derartige Revisionsoffenheit – so will mir scheinen – kann man kaum verantworten wollen, solche Modellierungen zur Grundlage einer (erfahrungskontrollierten) Gestaltung sozialer Verhältnisse zu machen¹⁰². Auf der anderen Seite und *zugleich* sollte es, auch in logischer Konsequenz meiner seit langer Zeit gehegten Zweifel an Sinn und Reichweite von Gleichgewichtsmodellierungen¹⁰³, *jederzeit* möglich sein, ja geradezu naheliegen,

¹⁰¹Vgl. für die Vielzahl an „Bedeutungen“ Glennan und Illari (eds) 2017, S. 281–461.

¹⁰²Mehr als das, was sich bei Albert 1978 und Albert 2011 nachlesen lässt, ist mir dazu nicht eingefallen. Hierhinter steht (natürlich) Poppers Auffassung von der (ethisch-normativen) Notwendigkeit einer – möglichst revidierbaren – „Stückwerkstechnologie“ (Popper 1979, S. 47 ff.).

¹⁰³Unter diese Kritik fällt die (soziologische) Parsonstradition (vgl. Schmid 1989, Schmid 1998, S. 238 ff., Schmid 2015a) ebenso wie die Marktanalysen der neo-klassischen Ökonomik (vgl. Schmid 2004a, S. 110 ff.), aber auch die Mehrzahl politischer Ordnungsvorstellungen oder der Versuch, die verständnissichernden Funktionsbedingungen einer „universalistisch“ angelegten Hermeneutik zu identifizieren (vgl. Schmid 1991). Die Hauptpunkte meiner Kritik richten sich zum einen darauf, dass – zumal ökonomische – Gleichgewichtsmodelle dazu neigen, jeden deskriptiven Anspruch aufzugeben und zu „Existenzbeweisen“ von denkmöglichen Gleichgewichtskonstellationen zu werden, dass zum anderen Gleichgewichte selten sind bzw. die meisten Prozessdynamiken gar nicht zu Gleichgewichten führen (können), dass aber gleichwohl der heuristische Wert solcher Modelle Beachtung verdient – wir landen sonst leicht im Deskriptivismus oder in einer „Methodologie der Narration“, statt uns in die Lage zu versetzen, „mikrofundierende

die Problemstellung umzukehren und sich der Frage zuzuwenden, wann und aufgrund welcher – umweltinduzierter, evolutionärer, pfadabhängiger, schwellenwertkanalisierter, katastrophengebender oder wie auch immer zustande kommender – Vorkommnisse es den Akteuren gerade *nicht* vergönnt ist, stabile und zugleich (für alle) optimal funktionierende Abstimmungsmechanismen zu entwickeln, Sackgassen und Blindflüge zu vermeiden oder der drohenden Auflösung ihrer Institutionen und Regelwerke zu begegnen. Durch diese erweiterte Fragestellung hoffe ich zu verhindern, dass die (einseitige) Verfertigung von idealisierten Modellen stabiler Ordnungszustände dazu führt, die Tatsache, dass deren Voraussetzungen nur in Grenzfällen realisiert werden können und dass die meisten Sozialdynamiken „fern vom Gleichgewicht“ zu verlaufen pflegen, in leerformelhaftem Kontrast und ohne eigenständige theoretische Behandlung und zumeist alleine mit (einseitiger) „normativer“ Deutung (oder gar moralischen Disqualifikationen) versehen als „Zusammenbruch“, „Chaos“ oder „Auflösung“ und „Integrationsverlust“ verstehen zu müssen. Ein progressives sozialtheoretisches Forschungsprogramm kann sich meiner festen Überzeugung nach nicht auf die Entdeckung von erfolgreich installierten Ordnungsszenarien beschränken wollen, ohne sich dazu imstande zu sehen, auch das Scheitern aller Abstimmungsbemühungen bzw. unanwendbare verteilungsstrukturelle Garstigkeiten und Unsäglichkeiten (inhaltlich) erklären zu können. Wie ein ehemals berühmter Philosoph meinte, sind Zeiten des Glücks leere Blätter im Buch der Geschichte, und eine Sozialtheorie, die davor zurückschreckt oder sich für unfähig erklärt, sie zu beschreiben, verdient keinen ernsthaften Kredit¹⁰⁴.

Erklärungen“ vorzulegen. „Politisch“ rechtfertigen sich Blicke auf mögliche gleichgewichtige Bedingungskonstellationen immer dann, wenn die Akteure (*in der Tat*) für sie ertragreiche (und/oder dauerhafte) soziale Verkehrsverhältnisse „anstreben“ (oder „erhalten“ wollen) oder falls sich derartige Faktorenfigurationen auch „hinter ihrem Rücken“ einstellen. Fazit: Es gibt eine Gleichgewichte betonende (oder auch solche „Zustände“ identifizierende) „Methode“, aber (zumeist) *keine* (empirisch tragfähige und d. h. gehaltvolle) „Gleichgewichtstheorie“. Ich registriere gerne, dass ich nicht der Einzige bin, der die Dinge *so* sieht (vgl. Vobruba 2012a, 2012b).

¹⁰⁴Ich bin deshalb mehr als zufrieden, wenn sich Sozialwissenschaftler immer nachdrücklicher auch den „dunklen Seiten“ des gesellschaftlichen Lebens zuwenden und damit der Unvermeidbarkeit von Bürgerkriegen, der unerwünschten Stabilität von Verbrechersyndikaten und Kartellen, Prostitutions- und Korruptionsringen, Schwarzmärkten und Menschenhandel, Terrorismus und Waffenschiebereien, Piraterie, der Finanzspekulation, der Kapitalflucht, der „Entführungsindustrie“, dem Drogenhandel oder dem wahrscheinlichen Zusammenbruch des Wohlfahrtsstaats etc. Dass solche „Abartigkeiten“ zum Gegenstand der Forschung werden müssen, gilt – jedenfalls programmatisch – auch für die „neue Wirtschaftssoziologie“ (vgl. Maurer und Mikl-Horke 2015, S. 240 f.).